

Landtag gewährt HPZ mehr Geld, fordert aber höhere Transparenz

Unterstützung Der Beitrag an das Heilpädagogische Zentrum (HPZ) wurde für 2015 um 482 000 auf 6,538 Millionen Franken erhöht. Das ist weniger, als vom HPZ gefordert - aber mehr, als von der Regierung vorgesehen. Einem Antrag der FBP wurde einhellig zugestimmt.

VON MICHAEL BENVENUTI

Mit einem einstimmigen Beschluss setzte der Landtag gestern einer zuletzt kontrovers geführten Debatte und einer öffentlichen Diskussion um die staatliche Unterstützung des HPZ ein Ende. Die vier Fraktionen einigten sich darauf, einem FBP-Antrag zur Erhöhung des Budgets von ursprünglich 6,275 Millionen Franken auf 6,538 Millionen Franken zuzustimmen. Die Verantwortlichen des HPZ hatten sogar noch mehr gefordert - exakt 6 686 303 Franken. Allerdings hatten sich in diese Forderung zwei Fehler in Höhe von gesamt 81 000 Franken eingeschlichen, wie Minister Mauro Pedrazzini ausführte. Ausserdem enthielt das Budget eine Lohnerhöhung für die Angestellten und Betreuer von 1 Prozent (67 000 Franken). Da es seit 2010 aber eine Deflation von 0,9 Prozent gab und die Staatsangestellten auch keinen Teuerungsausgleich erhalten, sei dieser Budgetposten nicht gerechtfertigt, erklärte Pedrazzini. Trotz dieser Kürzungen darf sich das HPZ über deutlich mehr staatliche Unterstützung freuen als 2013 (5,393 Millionen) und 2014 (6,06 Millionen). Christine Wohlwend, die den Antrag eingebracht hatte, nannte das Budget von 6,538 Millionen Franken «ge-



FBP-Fraktionspräsidentin Christine Wohlwend betonte: «Ich bin nicht bereit, eine Diskussion auf dem Buckel der Schwächsten auszutragen.» (Foto: Zanghellini)

rechtfertigt». Gleichzeitig sparte die FBP-Fraktionspräsidentin aber nicht mit Kritik an der medialen Auseinandersetzung der vergangenen Wochen: «Ich bin nicht bereit, eine Diskussion auf dem Buckel der Schwächsten auszutragen.» Um eine solche in der Zukunft zu verhindern, koppelte sie daher im Antrag an die Budgeterhöhung die Forderung einer neuen Leistungsvereinbarung zwischen Regierung und HPZ. In dieser müsse die künftige Finanzierung des HPZ auf eine neue, nachhaltige und vor allem transparente Grundlage gestellt werden.

Finanzierung klar regeln

Diese Forderung unterstrich auch FBP-Präsident Elfried Hasler: «In einem klaren Leistungsauftrag ist die Finanzierung und insbesondere

auch die dringend notwendige Leistungs- und Aufwandstransparenz zu definieren.» Ebenfalls selbstverständlich sei, dass das Land als Finanzierer des HPZ grundsätzlich bei Kürzungen oder Ausbau von Leistungen mitbestimmen dürfe, betonte Hasler. Eine einseitige Leistungsreduktion bei den Betreuten, wie sie die HPZ-Verantwortlichen im Vorfeld der Landtagssitzung ultimativ angekündigt hatten, sei für ihn jedenfalls inakzeptabel.

Zur Erinnerung: Die HPZ-Führung hatte angekündigt, bei den Betreuten rigorose Sparmassnahmen umzusetzen, sollte der Landtag das Budget nicht wie gewünscht erhöhen. Mit diesen angedrohten, «einseitigen Sparmassnahmen auf dem Buckel der dort betreuten Personen» hätten die Verantwortlichen

sowohl sich selbst als auch dem HPZ einen Bärendienst erwiesen, hielt Elfried Hasler fest.

Diese Meinung teilte auch Thomas Lageder (FL): «Ich bin auch nicht glücklich über die Instrumentalisierung des HPZ. Die Verantwortlichen haben das Spiel gut gespielt.» Lageder fand aber auch kritische Worte für die FBP: Dass sich die Fraktion nun als grosse Retterin aufspiele, sei wenig glaubwürdig. Gleichzeitig erklärte er Richtung Minister Pedrazzini: «Es muss sofort eine Leistungsvereinbarung auf den Tisch.» Dem stimmte auch VU-Fraktionspräsident Christoph Wenaweser zu: «Wir benötigen rasch eine Leistungsvereinbarung und damit verbunden Transparenz und Planungssicherheit.»

Vereinbarung ohne «Blankoscheck»

Und die Unabhängigen? Sie stimmten dem Antrag ebenfalls zu. Wobei sich Parteichef Harry Quaderer einen kleinen Seitenhieb Richtung FBP, VU und FL - sie alle hatten ursprünglich einen Antrag zur Budgeterhöhung gestellt - nicht ersparen konnte: «Der Druck bei der Basis einzelner grösserer Parteien war offensichtlich recht hoch, dass die Anträge so schnell kamen.»

Die neue Leistungsvereinbarung soll gemäss Regierungsrat Pedrazzini demnächst unterzeichnet werden - allerdings ohne «Blankoscheck zum Wachstum» wie in der bis Ende 2014 noch gültigen Leistungsvereinbarung mit der Invalidenversicherung: Denn überstieg bisher das Defizit des HPZ jeweils jenes aus dem Vorjahr nicht mehr als 10 Prozent im Bereich Wohnen bzw. 5 Prozent im Bereich Werkstätten, durfte das Budget ohne Begründung erhöht werden - und wurde auch so genehmigt. In Zukunft soll der Ausbau der Kapazitäten über eine Bedarfsplanung gesehen.